

| | | |
|---|------------------------------|---------|
| Antrag | Datum | Nummer |
| Öffentlich | 30.11.2010 | 1721/10 |
| Absender Fraktion BIBS Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig | | |
| Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig | | |
| Gremium Rat | Sitzungstermin 14.12.2010 | |
| Betreff Schulsanierung statt PPP-Rettung | | |

Viele Braunschweiger Schulen sind zur Zeit in einem absolut erbärmlichen Zustand. Die genaue Höhe ist zwar undurchsichtig, aber die Stadt Braunschweig hat inzwischen wohl schon Millionen für Gutachten ausgegeben, die für dringende Sanierungsarbeiten der Schulen, insbesondere auch zur Vermeidung unabsehbarer Folgekosten, gut hätten ausgegeben werden können.

Laut Bericht der Braunschweiger Zeitung vom 10.11.2010 gehen die Stadt und die hier nachgeschobene Beraterfirma KPMG, die in Braunschweig alle wesentlichen Privatisierungen durchgeführt hat, in dieser Sache nunmehr getrennte Wege. KPMG wollte sogar nachträglich die beim Notar hinterlegte Kostenaufstellung der Stadt ändern.

Alle fünf Angebote privater Firmen, die die Sanierung von Schulen und Kitas übernehmen wollten, waren höher als die Summe, die die Stadt veranschlagt hat, wenn die Sanierung in Eigenregie erfolgen würde. Angesichts des dringenden Sanierungsbedürfnisses in Braunschweiger Schulen und Kitas ist es nicht hinnehmbar, dass die Stadt weitere Monate (voraussichtlich bis Mai 2011) verstreichen lässt, nur um ein PPP-Projekt zu retten.

Dies vorausgeschickt, stellt der Rat der Stadt Braunschweig fest:

„Die Sanierung von Schulen selbst hat unbedingt Priorität vor der Entwicklung eines PPP-Projektes zur Sanierung von Schulen.“

Gez. Peter Rosenbaum